

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruchsnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertagen, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile folgt die dreigegepaaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 239.

Mittwoch, den 13. Oktober 1920

70. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

Nach Brüsseler Meldungen des „Matin“ betragen die Gesamtkosten der Brüsseler Finanzkonferenz 3 dreiviertel Millionen Franks. Es erscheint fraglich, ob das Ergebnis der Konferenz dem gewaltigen finanziellen Aufwand entspricht und ob sich ihre Wiederholung lohne.

Nach einer Genfer Meldung wurde auf dem Vorkonferenrat erklärt, daß die haatsrechtliche Unabhängigkeit des Freistaates Danzig nicht gestiftet werden soll.

Der Vorkonferenrat hat in seiner Sitzung die Bestimmung getroffen, daß General Perond sich wieder nach Oberschlesien zurückbegeben soll und daß die Volksabstimmung baldmöglichst zu erfolgen hat.

Nach zuverlässiger parlamentarischer Information beträgt für Preußen der Windertrag der Ernte 17,2 Prozent gegenüber der vorjährigen Ernte.

Die Münchener Polizei verhaftete gestern drei kommunistische Versammlungsredner wegen Aufregung zum Klassenhaß.

Zum tschecho-slowakischen Gesandten in Berlin ist der ehemalige Ministerpräsident Luszar ernannt worden, der Anfang Dezember seinen Posten antreten wird. Daß die tschecho-slowakische Republik dem Ausbau der Beziehungen zum Deutschen Reich Werte beilegt, geht schon aus der Berufung des erfahrenen Politikers auf diesen Posten hervor.

Wie die Humanität meldet, verweigerte die französische Regierung mehreren französischen Sozialisten, die zum U.S.B.-Kongress nach Halle fahren wollten, die Pässe.

In Mannheim sind kommunistische Waffentransporte beschlagnahmt worden, die unter falscher Deklaration in das mitteldeutsche Industriegebiet abgehen sollten.

Der Anschlag auf die Dieselmotoren.

Nach Informationen von zuständiger Stelle trifft die beunruhigende Nachricht, wonach die Entente in der Frage der schnelllaufenden Dieselmotoren vor Schritten steht, die unser Wirtschaftsleben schwer drücken müssen, leider zu. Die Vorkonferenz der Entente hat am 2. Oktober den Beschluß gefaßt, daß die schnelllaufenden Dieselmotoren Kriegsmaterial seien, das zerstört werden müsse, wo immer es sich in Deutschland befindet, und dessen Anfertigung fortthin zu unterbleiben habe. Die Entente-Kommission hat bereits nach dieser Richtung gehende Untersuchungen in den deutschen Fabriken angefangen. Diese Nachricht hatte bereits vor einigen Tagen Arbeitervertretern einer süddeutschen großen Motorenfabrik Veranlassung gegeben, beim Reichswirtschaftsministerium Vorstellungen zu erheben. Inzwischen haben sowohl die Motorenfabriken als auch die diesen Motorentyp hauptsächlich verwendenden Verbrauchergewerbe zu der Frage Stellung genommen und sich hilfesuchend an das Reichswirtschaftsministerium gewandt. In einer Sitzung legten die in Betracht kommenden Verbände dem Ministerium die große Bedeutung der Frage nahe. Nicht nur die Dieselmotorenfabriken seien mit Arbeitslosigkeit bedroht, sondern auch z. B. die städtischen Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Eisenbahnreparaturwerkstätten, Westren, Gummi-, Porzellan-, Textilfabriken und die Landwirtschaft ständen vor erschütternden Tatsachen. Der schnelllaufende Dieselmotor habe neuerdings unter dem Einfluß der Kohlenknappheit in ungeheurer Ausmaße Eingang gefunden. Nachdem durch das Spaabkommen die Kohlenknappheit sich noch verschärft habe, sei der Treibstoffdieselmotor vielerorts die einzige Rettung vor weiterer Betriebsstilllegung und Arbeiterentlassung. Die Regierung würde sich vor Schadenersatzansprüche von mehreren Milliarden Mark gestellt sehen, wenn die schnelllaufenden Dieselmotoren abgebaut und zerstört werden müßten. Denn diese habe sie ihnen zum Teil aus abmontierten Unterseebooten verkauft. Die Werke hätten die Motoren gutgläubig für Friedenszwecke erworben und unter erheblichen Umbaukosten in Betrieb genommen. Das Reichswirtschaftsministerium soll die vorgetragenen weitreichenden Wirkungen der geplanten Ententemaßnahmen in einer Denkschrift schnellstens zusammenfassen.

Die Zerstörung der Dieselmotoren verhindert?

Die „München-Augsburger Landeszeitung“ erfährt, daß der Ministerpräsident Dr. v. Rahe bereits auf diplomatischem Wege Schritte unternommen habe, um die Vernichtung der Dieselmotoren anzuhalten. Er habe bestimmte und positive Vorschläge der Entente unterbreiten lassen dahingehend, daß die Dieselmotoren, die in der Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg hergestellt werden, katalogisiert, d. h. mit Nummern versehen werden und daß über sie Buch geführt wird. Auf diese Weise ist der Entente die Gewährung gegeben, daß keiner der Dieselmotoren zum Schiffsbau verwendet wird.

Deutsches Reich.

Beworstandene Errichtung einer Reichseisenbahndirektion Leipzig?

Dresden. Wie der Verkehrsverein Leipzig e. B. dem Dammert-Dienst mitteilt, hat vor kurzem im Reichsverkehrsministerium unter dem persönlichen Vorsitz des Herrn Reichsverkehrsministers, eine Besprechung mit Vertretern dortiger Körperschaften stattgefunden, die sich auf die Leipziger Eisenbahnverhältnisse, insbesondere die Schaffung einer Reichseisenbahndirektion in Leipzig und den Bau einer Kanalverbindung zwischen der Elster und der Saale, befaßte. Die Leipziger Vertreter haben aus der Besprechung die Ueberzeugung mitgenommen, daß voraussichtlich eine besondere Reichseisenbahndirektion für Leipzig errichtet werden wird, wenn es die Verhältnisse erfordern und gestatten.

Das Programm des Reichsfinanzkommissars Dr. Carl Berlin. In einem Interview mit einem Vertreter der „Weberzeitung“ erklärte Präsident Dr. Carl auf die Frage nach seinem Programm als Reichsfinanzkommissar: Der Grundgedanke der Aktion zur Wiedergeburt des deutschen Finanzwesens, zu deren Durchführung ich dem Reichsfinanzminister als Reichsfinanzkommissar beigeordnet wurde, ist, daß die Reichsverwaltung allmählich eine Ausdehnung angenommen hat, die mit dem Stande der Reichsfinanzen wie mit den Wirtschaftsbedürfnissen unvereinbar ist. In Handel und Industrie wie auch in weiten Kreisen der Bevölkerung hat sich die Erkenntnis festgesetzt, daß eine Ueberorganisation der gesamten Reichsverwaltung vorliegt, und daß dabei nicht die Ordnung und Klarheit in der Erledigung der Regierungsgeschäfte herrscht, die man vor dem Kriege in der deutschen Beamtenschaft, namentlich in der Reichsverwaltung für selbstverständlich angesehen hat. Zu prüfen, wo hier Abstriche gemacht werden können unter finanziellen Gesichtspunkten, ist zunächst die Hauptaufgabe. Rücksicht dabei ist, daß die Reichsverwaltung sich auf die unbedingt notwendigen Ausgaben, die dem Staate obliegen, beschränken muß. Nur unter den Gesichtspunkten rein verwaltungswirtschaftlicher Natur ohne Rücksicht auf Wünsche von irgendwelcher Seite müssen die Verwaltungen prüfen, ob eine Ausgabe auf Staatsrechnung gemacht werden darf oder nicht. Es wird dabei Anstoß erregt werden an allen Ecken und Enden. Das ist selbstverständlich, aber es wird die Ueberzeugung jetzt überall vorhanden sein, daß es nicht mehr geht ohne die allerersten Eingriffe in das, was der einzelne gern unberührt sehen möchte. Jeder wird sich die Eingriffe, unter denen er leidet gefallen lassen müssen im Interesse des Ganzen.

Einigungsverhandlungen.

Wie der „Vorwärts“ vom Reichsarbeitsministerium erfährt, haben die Bemühungen, die streitenden Parteien im Zeitungs-gewerbe zu Einigungsverhandlungen zu führen, den Erfolg gehabt, daß heute vormittag 10 Uhr eine Einigungs-verhandlung in den Räumen des Arbeitsministeriums stattfinden wird.

Rückkehr Le Ronds nach Oberschlesien.

„Petit Parisien“ meldet: Wie bereits bekannt ist, hatten sich bezüglich der Tätigkeit der interalliierten Verwaltungskommission in Oberschlesien Schwierigkeiten ergeben. Man hatte General Le Rond unter anderem vorgeworfen, daß er das polnische Element zu sehr begünstige. Nur eine geringe Minderheit des britischen Personals, das in Oberschlesien beschäftigt ist, ließ diese Kritik laut werden; es haben drei subalterne Kontrollbeamte von sechzig dort beschäftigten Personen der genannten Nation ihren Rücktritt eingereicht. Hervorzuheben ist, daß der offizielle Vertreter Englands Percival auf seinem Posten geblieben ist. Die Vorkonferenz hat die schwebende Frage geregelt und die interalliierte Kontrollkommission wird nunmehr wie ehemals ihres Amtes wallen. — Wir wollen hoffen, daß die Angabe „wie ehemals“ nur einen Wunsch des genannten Pariser Blattes zum Ausdruck bringt. Denn die Fortsetzung der parteiischen, deutschfeindlichen Haltung Le Ronds und seiner französischen Mitarbeiter würde zweifellos zu neuen Ausschreitungen der Polen führen.

Französischer Ueberfall bei einem heijischen Kirchweihfest.

Wegen der Vorgänge bei dem Kirchweihfest in Ober-Ingelheim, wo ein junges Mädchen aus Frankfurt von französischen Soldaten erschossen wurde, hat das heijische Staatsministerium eine Note an das Oberkommando der französischen Truppen in Mainz gerichtet. Darin wird ausgeführt, man habe in Ober-Ingelheim den Eindruck, daß der Ueberfall von den französischen Soldaten beabsichtigt war. Die Erregung sei daher sehr groß. Das Staatsministerium richte

daher das dringende Ersuchen an das Oberkommando, die Garnison gegen andere Truppen auszutauschen. Im übrigen werde die heijische Regierung die Reichsregierung bitten, bei der französischen Regierung für den Vorgang eine angemessene Sühne zu erwirken. Wie W. T. B. hört, hat sich die Reichsregierung bereits mit der Angelegenheit befaßt.

Brutale Behandlung der deutschen Seeleute in England.

Der Deutsche Seefahrtsauschuh hat, wie uns mitgeteilt wird, in seiner am 7. Oktober in Bremen abgehaltenen Sitzung mit Abscheu Kenntnis genommen von der teilweise brutalen und unwürdigen Behandlung, die Kapitane, Offiziere und Mannschaften deutscher Seeschiffe namentlich in englischen Häfen sowohl seitens der Behörden als auch der Bevölkerung erdulden müßten. Der Seefahrtsauschuh betont in einer Entschlieung, daß für die den deutschen Seeleuten namentlich in englischen Häfen zuteil werdende Behandlung jeder Rechtsgrund und jede sachliche Begründung fehle. Der deutsche Seefahrtsauschuh fordert für die deutschen Seeleute in fremden Häfen dieselben Rechte und Freiheiten, die ausländische Seeleute nach Beendigung des Krieges in deutschen Häfen genießen. Der deutsche Seefahrtsauschuh legt der deutschen Regierung dringend nahe, sofort namentlich England gegenüber darauf zu bestehen, daß deutsche Seeleute sich in englischen Häfen sowohl an Bord als auch an Land als Gleichberechtigte bewegen können. Sollte die englische Behörde diesen deutschen Forderungen keine Folge leisten, so bittet der Seefahrtsauschuh zu erwägen, ob nicht in deutschen Häfen gegen Mannschaften englischer Schiffe mit entsprechenden Repressalien vorzugehen ist.

Die Ablehnung Dr. Rathenaus zur Zulassung zur Wirtschaftskonferenz.

Der Londoner Berichtserstatter des „Manchester Guardian“ schreibt über die Weigerung der englischen Regierung, Dr. Rathenau nicht in England zur Wirtschaftskonferenz zuzulassen, sei eine wichtige Folge des wunderbaren fremden Gesetzes, die erste, die auch von öffentlichem Interesse sei. Wahrscheinlich hatten die geistigen Urheber des Gesetzes an derartige Folgen nicht gedacht, als sie der englischen Regierung allein die Entscheidung über die Zulassung von Deutschen in England überließen. Dr. Rathenau sei kein Volksheld; er sei vielmehr einer der bedeutendsten Kapitalisten und Volkswirtschaftler Deutschlands. Zahlreiche britische Geschäftleute sehen seiner Ankunft in England mit besonderem Interesse entgegen. Ueber die Gründe ihrer Ablehnung schweigt sich die britische Regierung aus.

Ausland.

Der Völkerbund soll einreisen.

Genf, 13. 10. 11. Die Beilehung durch den polnischen General Jelezowski hat ineban in Paris unangenehm über- rückt. Die Blätter halten die gegenwärtige Lage für ziemlich verwickelt, weil der Völkerbund hinsichtlich Litauens bereits Stellung genommen hat. Im „Journal“ laut Saint Brie, wenn der Völkerbund nicht einreichte, zeige er vor aller Welt seine vollkommene Machtlosigkeit. Andererseits sei es nicht zu verstehen, wer die Rolle eines Genörmern übernehmen soll. Es wäre der Witz, wenn man etwa Frankreich, das Polen eben erst gerettet habe, diese Aufgabe übertragen habe. Im übrigen hält es Frankreich für richtig, Polen zur Mäßigung zu ermahnen, indem sie jedoch zu verstehen gibt, daß Frankreich, möge in Warschau beschließen werden was da will, seinen Finger rühren werde. Die englischen Vorschläge lauteten erst auf sofortige Abberufung aller Missionen in Warschau, doch gelang es der französischen Regierung mit ihrer Ansicht, daß die Schuld der polnischen Regierung in der Aktion noch nicht feststeht, in London durchzudringen.

Deutsche und Tschechen.

(Ra.) Von der tschechisch-böhmischen Grenze wird uns geschrieben:

Eine der grausigsten Mordtaten des ganzen Krieges kam in Sibirien vor, als tschechische Legionäre einen Zug mit deutschen Kriegsgefangenen Offizieren trafen. Die Tschechen forderten von den Gefangenen die Herausgabe ihres Eigentums bis auf wenige Stüde, und was das für Kriegsgefangene heißt, kann sich jeder Einsichtige lebhaft vorstellen. Drei Herren, die sich kleine Andenken im Werte von wenigen Rubeln aufbewahren wollten, wurden kurzerhand an die Wand gestellt und erschossen. Dieser Haß gegen alles Deutsche ist bezeichnend und erklärt die Bebrüdungen, denen unsere Brüder jenseits der tschechisch-böhmischen Grenze von den tschechischen Chauvinisten dauernd ausgesetzt sind.

C Man ist in der Tschecho-Slowakei vielbewußt vorgegangen, um die kapitalkräftigen Deutschen, die es durch

Werbung
Sollung
11. 10.
79,50
75,00
63,25
58,00
67,00
56,50
94,25
83,25
87,00
96,00
94,50
106,75
99,75
360,00
310,00
483,00
430,25
236,00
312,00
187,00
607,00
181,50
295,00
925,00
Brief
83,10
2052,00
122,00
265,30
1056,10
65,82
436,95
1206,35
409,50
82,40
ndorf.
von Karl Fidor,
elt.
russion.
ia May und Hans
den Publikum an-
eit.
J. Lugart.
ger.
ehrend-n Auf-
ren Hochzeit
September 1920.
und Frau.